



▲ Aufnahme von der Demo „Frauen bewegen das Land“
(Foto: Christel Becker-Rau)

in denen sie sich bewegen, ihre eigene Form der Verweigerung, des Protestes und des Einforderns von Rechten finden“⁵. Auch die Vorbereitung des bundesweiten Frauenstreiks nahm mehr als ein Jahr in Anspruch und führte zu einem bundesweiten Netzwerk von hunderten von Initiativgruppen, die die Jahre danach offenbar nicht überdauert haben.

Bleibt die große Frage zum Schluss: warum ist es uns bis heute nicht wirklich gelungen, das Gemeinsame in der Vielfalt unserer Lebensentwürfe zu erkennen und unsere Interessen in solidarischer Geschlossenheit mit Nachdruck zu vertreten? Am besten alljährlich zum Internationalen Frauentag.

5 Gisela Notz, Wir wollten Brot und Rosen <https://adamat.de/frauenstreik-1994-wir-wollten-brot-und-rosen> (aufgerufen am 10.1.2021)

Buchempfehlung: Monika Herrmann, DDR-Frauen nach der Wende, BoD, 7,99 €

Die Dokumentation vermittelt einen Einblick in die veränderte Lebensrealität ostdeutscher Frauen nach der politischen Wende in den 1990er Jahren. *Monika Herrmann* war damals im Rahmen ihrer Arbeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung zuständig für die Organisation von Veranstaltungen, die sich hauptsächlich an ostdeutsche Frauen richteten. Die Autorin lässt die Betroffenen an vielen Stellen selbst zu Wort kommen und zeigt auf, wie kämpferisch sich die Ostfrauen gegen den Abbau ihrer Rechte im Prozess der Wiedervereinigung zur Wehr setzten.

DOI: 10.5771/1866-377X-2021-1-31

Patriarchat abschaffen – in Ost und West

Interview mit Elisa Gutsche, Vorsitzende von Perspektive hoch drei (<https://perspektive-hoch-drei.de/>)

Die Fragen stellte **Ruth Luisa Meding**, Referentin in der Bundesgeschäftsstelle des djb.

Ausgerechnet an den feierlich begangenen Jahrestagen der deutschen Einheit wird die Distanz zwischen Ost- und Westdeutschland immer wieder deutlich. Wie nehmen Sie das wahr, Frau Gutsche?

Das nehme ich so ähnlich wahr. Ich habe das Gefühl, für viele Westdeutsche ist diese Distanz nicht so richtig begreiflich, weil es für sie nach dem 9. November 1989 einfach weiterging wie immer, während sich für fast alle Ostdeutschen das Leben auf den Kopf gestellt hat. Was das mit den Menschen gemacht hat – der Schmerz, der Schock, die Wut – ist total krasse und hat Auswirkungen bis heute. Über diese Verletzungen wurde lange Zeit kaum gesprochen. Aber in den letzten drei bis vier Jahren wandelt sich die Erinnerungskultur nach und nach.

Zum Positiven?

Ja, 2019 wurden 30 Jahre friedliche Revolution gefeiert, 2020 30 Jahre deutsche Einheit. Bei beiden Jubiläen hatte ich den Eindruck, dass das Bild einer abgeschlossenen Erfolgsgeschichte, als die die Deutsche Einheit ja immer erzählt wird, nun mehr

Seit 2019	Referentin in einem Bundesministerium
2010 – 2019	Unterschiedliche Stationen, u.a. bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin, der SPD-Bundestagsfraktion, einer Gewerkschaft und einer politischen Strategieberatung.
2010 – 2014	Masterstudium der Gender- und Diversity-Kompetenz, Freie Universität Berlin
2005 – 2010	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg und der Universität zu Köln

und mehr Risse bekommt. Und das ist gut so. Bis dahin hörte die Geschichtsschreibung einfach 89/90 auf. Seit einigen Jahren setzt man sich viel kritischer damit auseinander, was eigentlich während der Transformation passiert ist. Um den Osten zu verstehen, muss man sich vor allem die 90er Jahre anschauen, zum Beispiel die Rolle der Treuhand. Als diese 1994 fertig war mit ihrer Turbo-Privatisierung, gab es von über 4 Millionen

Jobs nur noch 1,5 Millionen, sprich: es wurden 80 Prozent der Jobs vernichtet, innerhalb von vier Jahren. Da wurden profitable Betriebe geschlossen, um die Konkurrenz für westdeutsche Firmen auszuschalten. Viele versuchten sich mit Streiks zur Wehr zu setzen, darunter auch Hungerstreiks von Bergleuten – aber ohne Erfolg. In der Folge sind eine Millionen Ostdeutsche in den Westen abgewandert. Die fünf ostdeutschen Bundesländer haben seit 89/90 teilweise mehr als 20 Prozent ihrer Bevölkerung verloren.

Ist es eine Generationenfrage, dass heute andere Geschichten erzählt werden?

Ja, definitiv. Bis zum 20. Jubiläum wurde die Debatte hauptsächlich von Bürgerrechtlerinnen und -rechtlern bestimmt, die selbst an der Revolution mitgewirkt haben. Seit einigen Jahren melden sich diverse Stimmen zu Wort, also zum Beispiel jüngere, jüdische oder migrantische Ostdeutsche. Unsere Generation hat die DDR nur im Kindesalter erlebt und zum Beispiel die Abwertung der eigenen Biografien nicht selbst erfahren. Dadurch sind wir in unserem Denken freier und können die Geschichte der Wiedervereinigung und ihrer Auswirkungen unvoreingenommener erzählen. Mit einem reinen Erfolgsnarrativ können wir nicht so viel anfangen.

Welche Auswirkungen meinen Sie konkret?

Besonders die Transformationszeit hat die ökonomischen Weichen gestellt für die heutige Situation im 30 Jahre wiedervereinigten Deutschland: Neben dem Gender-Pay-Gap gibt es einen Ost-West-Pay-Gap von etwa 21 Prozent. Dieser ist genauso hoch wie der Gender-Pay-Gap, dennoch wird er viel seltener adressiert. Nur fünf Prozent der Betriebe, die die Treuhand damals privatisiert hat, gingen an Ostdeutsche, 80 Prozent an Westdeutsche und 15 Prozent wurden ins Ausland verkauft. Oder mein Lieblingsbeispiel: Wir haben diese ganzen schönen renovierten Städte, aber die Leute fragen sich langsam, wem gehört das denn eigentlich alles? Die Antwort: zum größten Teil Westdeutschen.

Inwiefern haben die Transformationszeit und ihre ökonomischen Folgen Sie und Ihre Generation geprägt?

Die ökonomische Unsicherheit, die Abstiegsängste unserer Eltern – das war definitiv prägend, zumindest wenn ich an meine persönliche Biografie denke und an die meiner Freundinnen und Freunde. Ich strebe stark nach Sicherheit, weil das etwas ist, was ich in meiner Kindheit nie hatte. Als junger Mensch mit Eltern, die eine extrem fragmentierte Erwerbsbiographie haben mit Zeiten von Arbeitslosigkeit und im Niedriglohnsektor, bewegt man sich ganz anderes durchs Leben und trifft andere Entscheidungen als eine Person mit einem guten Mittelklasse-Elternhaus im Hintergrund. In meinem sehr privilegierten Akademikerfreundeskreis sind es zum Beispiel fast ausschließlich Westdeutsche, die sich aufgrund von Erbschaften und Familienervermögen Wohneigentum leisten können. Der größte Teil der Erbschaften wird im Westen vererbt – damit zementiert sich die Ungleichheit zwischen Ost und West immer weiter.



▲ Foto: Konrad Griepahn

Aus unserer Prägung können wir aber auch Hoffnung schöpfen: Ich weiß, dass die Dinge veränderbar sind. Ich denke mir immer, du kannst daran arbeiten und es ändern. Vielleicht bin ich deshalb, wenn es um politische Arbeit geht, nicht so oft resigniert.

Neben den faktischen ökonomischen Ungleichheiten, die Sie erwähnen, begegnen Sie auch Stigmatisierungen?

Ja, aber eher subtil. Als ich zum Beispiel nach dem Abi zum Studium nach Heidelberg gegangen bin, habe ich mir meinen Dialekt innerhalb von anderthalb Wochen abtrainiert, weil klar war, dass ein ostdeutscher Dialekt nicht so hoch angesehen ist – hier habe ich versucht nachzuahmen und mich anzupassen. Ansonsten schlägt mir vor allem Desinteresse entgegen, das Sich-nicht-auseinandersetzen-müssen mit dem Osten, weil man sich gesellschaftlich in einer Dominanzposition befindet. Es gibt seitens der Westdeutschen kaum ein Interesse für ostdeutsche Kunst, Geschichte und Kultur. Für die Dinge, die während der Transformation passiert sind, für die Dinge, die uns geprägt haben.

Ein weiteres Beispiel für Stigmatisierung: In Ostdeutschland wurden nach 89/90 alle Führungspositionen in der Verwaltung, Justiz oder Wissenschaft ausgetauscht, in meinen Augen gründlicher als nach 1945 bei der Entnazifizierung in der Bundesrepublik. Westdeutschen Verwaltungsbeamten, die damals in den Osten gingen, wurde teilweise bis 2008 eine tatsächlich so bezeichnete „Buschzulage“ gezahlt. Die Buschzulage war früher für die kaiserlichen Beamten gedacht, die in die Kolonialländer Afrikas entsandt wurden. Ich erwähne das öfter mal in Gesprächen und viele meiner Gesprächspartner sind fassungslos angesichts des westdeutschen Framings des

Ostens als „Busch“. Es fehlt einfach an Wissen und Reflexion über Sprache und Wortwahl in Bezug auf Ostdeutschland.

Was müsste passieren, damit die Distanz, die Vorbehalte und Stigmata im Ost-West-Verhältnis überwunden werden?

Da muss noch ganz viel passieren, auf allen möglichen Ebenen. Wichtig sind vor allem Fragen der Repräsentanz sowie der politischen, wirtschaftlichen und medialen Teilhabe. Wo sind Ostdeutsche und damit ihre Perspektiven überhaupt vertreten? Erst im letzten Jahr (!) wurde mit der Juristin *Ines Härtel* die erste Ostdeutsche Richterin am Bundesverfassungsgericht. Die letzten 30 Jahre waren da nur Westdeutsche. Dieses Mal haben sich alle ostdeutschen Bundesländer zusammengeschlossen und die Personalie vorgeschlagen. Viele westdeutsche Bundesländer haben die Notwendigkeit gar nicht gesehen und wollten andere Kandidaten. Es ist auch erst seit Kurzem das erste Mal in 30 Jahren der Fall, dass zwei ostdeutsche Universitäten von Ostdeutschen geleitet werden. Ein düsteres Bild zeichnet sich ebenso in der Wirtschaft: Keines der deutschen DAX-Unternehmen wird von einer oder einem Ostdeutschen geleitet.

Mittlerweile gibt es eine ostdeutsch heranwachsende sehr gut ausgebildete Generation, die ein Interesse hat, nicht immer nur in den Westen abwandern zu müssen, um einen guten Job zu finden. Da bin ich mal gespannt, was sich ändern wird in den nächsten Jahren.

Inwiefern ist das mangelnde Bewusstsein vieler Deutscher für die Vielschichtigkeit der Einheitsgeschichte ein Problem?

Insgesamt muss es eine viel größere Sensibilisierung für die deutsch-deutsche Geschichte geben. Das betrifft auch Fragen von Bildung. Kommen Schülerinnen und Schüler in Stuttgart, München und Hamburg überhaupt mit ostdeutschen Erzählungen, ostdeutscher Geschichte in Berührung? Wenn ich daran denke, wie wenig wir über die DDR, die Friedliche Revolution und die deutsche Einheit gelernt haben, kann ich mir ungefähr ausmalen, wie viel lückenhafter die Schulbildung zu diesen Themen in westdeutschen Bundesländern sein muss.

Ich finde, es sollte auch stärker der Anspruch der „Westdeutschen“ sein – ich verallgemeinere jetzt –, mehr über den Osten und die Einheitsgeschichte zu erfahren. Ich habe das Gefühl, es hängt doch meistens an den Ostdeutschen die vermeintlichen ‚Ost-Themen‘ auf den Plan zu bringen, weil die DDR und die Folgen der Wiedervereinigung für die Realität der meisten Westdeutschen einfach gar keine Rolle spielen. Es sei denn Pegida und die AFD demonstrieren mal wieder im Osten. Dann denken sich Viele auf einmal „Huch, was ist denn da los?“

Sie sind Vorsitzende des Vereins Perspektive hoch drei. Ist die stärkere Sensibilisierung für die deutsch-deutsche Geschichte eines Ihrer Ziele?

Die Organisation hat sich 2010 zum zwanzigsten Jubiläum der Deutschen Einheit gegründet. Die Gründungsmitglieder sind Jahrgang 1975 bis 1985 und wollten sich an den Debatten rund um die DDR und den Osten beteiligen. Wir machen

insbesondere Diskursarbeit – Fotoausstellungen, Filme oder mehrere Buchprojekte.

Mir geht es besonders darum, wie Erinnerungspolitik ausgeweitet werden kann. Die deutsche Geschichtsschreibung rund um die Friedliche Revolution und die deutsche Einheit wird bisher als eine sehr weiße Geschichte erzählt. Auch migrantische Perspektiven, z.B. die Geschichten von vietnamesischen, mosambikanischen oder kubanischen Vertragsarbeitern im Osten sollten viel mehr Gehör finden.

Wie sind Sie zu Perspektive hoch drei gekommen?

Ich bin seit 2017 Mitglied und seit 2018 Vorsitzende.

Der Auslöser für mein Nachdenken über „den Osten“ waren die rassistischen und rechtsextremistischen Ausschreitungen nach der Aufnahme der Geflüchteten im Sommer 2015 und das Erstarken der AfD, insbesondere in Sachsen. Die Ausschreitungen vor der Flüchtlingsunterkunft in Heidenau haben mich persönlich stark getroffen. Ich komme aus Pirna, der nächstgelegenen Stadt, und kannte den Baumarkt, der als provisorische Unterkunft diente, noch aus meiner Kindheit und Jugend. Da habe ich mich gefragt: Warum haben die Rechtspopulisten im Osten so ein Einfallstor? Und während ich gedanklich um diese Themen kreiste und alles las, was mir dazu in die Finger kam, bin ich auf die „Dritte Generation Ost“ und die „Perspektive hoch drei“ gestoßen. Dann habe ich ihnen einfach mal geschrieben, sie haben mich zum Essen eingeladen und dann war ich Mitglied.

War der Austausch im Verein hilfreich, um Antworten auf Ihre Fragen zu finden?

Ja, denn für uns ostdeutsch geprägte Menschen ist die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus nicht nur eine politisch-abstrakte. Viele von uns waren schon in den 90ern selbst unmittelbar mit Rechtsextremismus konfrontiert – Stichwort Baseballschlägerjahre – und auch wenn wir heute in unsere Heimatstädte zurückkehren, schlägt uns rechtspopulistisches Gedankengut entgegen. Um diese Entwicklungen zu verstehen, ist es auch wichtig, die fortbestehenden ökonomischen Ungleichheiten in den Blick zu nehmen.

Ist es nicht zugleich ein verzerrtes, medial transportiertes Bild, dass AFD-Wähler*innen in erster Linie alle aus dem Osten kommen?

Absolut. In der Debatte wurde offenkundig, mit welchen Stereotypen der Westen immer noch auf den Osten guckt und wer die Diskursmacht in unserer Gesellschaft hat. Lange Zeit wurde das Problem eines erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus medial vor allem im Osten abgeladen – als eine Art Endlager. Die AfD ist aber in allen 16 Landtagen vertreten. Hier wünsche ich mir an manchen Stellen mehr Differenzierung, natürlich ohne das Problem des Rechtsextremismus im Osten zu vernachlässigen.

Sind ostdeutsche Perspektiven in den Medien unterrepräsentiert?

Ja, sie sollten medial mehr Sichtbarkeit bekommen. Als kürzlich die Erhöhung des Rundfunkbeitrags in Sachsen-Anhalt blockiert wurde, hat Ministerpräsident Haseloff das ja damit

begründet, wie wenig der Osten im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk vorkommt.

Aber ich habe den Eindruck in den letzten zwei Jahren hat ein Umdenken in den Medien stattgefunden. Die „Zeit im Osten“ macht zum Beispiel einen tollen Job und bringt auch tiefergehende Reportagen. Das baut Druck auf, dass sich etwas ändern muss. Aber diesen Druck braucht es eben auch. Gerade sind mit Corona natürlich andere Themen im Fokus. Da werden manch andere Missstände leicht wieder aus der öffentlichen Debatte verdrängt.

Warum haben Sie sich entschieden Jura zu studieren?

Für mein Jurastudium habe ich mich entschieden, weil ich so ein tiefes Gerechtigkeitsempfinden habe, von dem ich damals dachte, ich könnte es am besten ausleben, wenn ich Jura studiere. Gleichzeitig hat aber auch eine Rolle gespielt, dass Jura etwas Solides ist und dass ich damit immer einen Job finden werde.

Und warum sind Sie zum Studieren in den Westen gegangen?

Als ich 2004 Abi gemacht habe, war der Diskurs um „Elite-Unis“ gerade sehr bestimmend. Da dachte ich: „Eliteunis. Das willst du auch.“ Wie man halt so aufstiegsmäßig angetrieben ist: Höher, schneller, besser, weiter. Und dann habe ich mir in ‚Zeit-Campus‘ das Ranking der besten Unis angeschaut und mich bei den vorderen zehn beworben. Unter anderem in Heidelberg hat es geklappt. Es ging mir also vor allem darum, welche Uni einen guten Ruf hat und ich würde vermuten, dass das heute immer noch vorrangig westdeutsche Unis sind.

Welche weiblichen Rollenbilder haben Sie in Ihrer Kindheit und Jugend geprägt?

Ich komme aus einem Arbeiter*innenhaushalt. In meiner Familie war ich die erste, die studiert hat. Meine Oma hatte fünf Kinder und hat im Schichtbetrieb gearbeitet. Meine Mutter und meine Tanten haben auch immer gearbeitet. Daher war es selbstverständlich für mich, dass man Kinder und Job miteinander vereinbaren kann und dass Frauen finanziell auf eigenen Füßen stehen – unabhängig vom Partner.

Ich bin auch zeitweise bei einem alleinerziehenden Vater aufgewachsen. Das hat meine Rollenbilder dann noch mehr durcheinandergewirbelt. Dadurch war mir klar, dass Väter die Care-Arbeit genauso gut können wie Frauen, wenn sie wollen.

Haben Sie den Eindruck, die Rollenbilder, mit denen Sie aufgewachsen sind, unterscheiden sich von den heutigen?

Ich würde sagen, dass die Rollenbilder in der DDR weniger eng waren, als sie es heute sind. Wenn ich mir anschau, wie Mädchen konditioniert werden, wie sie zu sein haben, scheint mir, dass wir früher etwas freier waren. Ich glaube, das hat auch mit der sozialistischen oder post-sozialistischen Prägung zu tun. Meine Tante hat zum Beispiel eine Ausbildung zur Maurerin gemacht. Das ist ja heute für Frauen fast unvorstellbar. Sie ist jetzt Bauingenieurin, was ja auch ein sehr männlich dominiertes Berufsfeld ist. Das hat mich sehr inspirierend. Die ostdeutschen Frauen waren immer stärkere Role Models für mich und dafür bin ich dankbar.

Heute kulminieren die Anforderungen an Frauen: Kinder kriegen, eine „gute Mutter sein“, gleichzeitig auch im Job performen.

Ja, der Druck ist omnipräsent. Das hängt auch mit dem viel größeren Einfluss von (sozialen) Medien und Werbung zusammen. Wahrscheinlich aber auch mit einem neoliberalen post-feministischen Zeitgeist, der Frauen ganz nach dem Motto „Lean in“ einbläut, dass Kind, Karriere, Selbstverwirklichung und Partnerschaft problemlos miteinander vereinbar sind, wenn frau sich nur genug anstrengt.

War die DDR in Genderfragen fortschrittlicher als die heutige Bundesrepublik?

Die Stellung der Frauen in der DDR war zum Teil eine andere als heute. Es gab zum Beispiel viel mehr Frauen in technischen Berufen und die ganze Vereinbarkeitsdebatte, die wir jetzt führen, war damals kein Thema. Das Konzept „Hausfrau“ kannte ich lange nur aus dem Fernsehen. Aber: die DDR war kein feministischer Staat. Die DDR hat die Arbeitskraft der Frau gebraucht, und deswegen die entsprechenden Strukturen zur Verfügung gestellt. Frauen waren aber trotzdem meistens komplett alleine für den Haushalt zuständig und in der politischen Führung kaum vertreten.

Wie hat sich das Aufeinandertreffen der verschiedenen Rollenvorstellungen in Ost und West nach der Wiedervereinigung ausgewirkt?

Nach dem Mauerfall haben sehr viele Frauen ihren Job verloren, weil die neuen westdeutschen Chefs ein komplett anderes Frauenbild hatten. Da hat eine Retraditionalisierung stattgefunden. Unter den Menschen, die in den Westen ausgewandert sind, waren Zweidrittel Frauen. Ich bin eine davon, meine Tante ist eine davon. Es sind vor allen Dingen die gut ausgebildeten Frauen, die gehen. Das verursacht im Osten noch immer Probleme.

Auch der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen hat sich für ostdeutsche Frauen verschlechtert. Die Situation im Westen war viel restriktiver und der Kompromiss, der nach der Wiedervereinigung geschlossen wurde und bis heute Bestand hat, war ein enormer Backlash. Aber das muss ich dem djb ja nicht erzählen.

Hat Ihre ostdeutsche Prägung Sie zum Feminismus gebracht?

Ein Stück weit bestimmt. Ich hatte immer diese Vorstellung, dass Menschen gleich sein sollten und Männer und Frauen natürlich auch. Als ich mich mit meinen Kommiliton*innen in Heidelberg unterhalten habe, war es für mich immer greifbar, dass sie eine ganz andere kulturelle Prägung hatten, was Geschlechterrollen betrifft. Da war meistens die Mutter zu Hause und der Vater hat gearbeitet, was ich überhaupt nicht kannte. Das beeinflusst natürlich die Vorstellungen, wie Frauen und Männer sind oder zu sein haben.

An der Uni ist mir auch immer wieder aufgefallen, dass es im Jurastudium nur männliche Professoren gab und erst recht keine Ostdeutschen oder Menschen mit Migrationsgeschichte. Da habe ich mich auch immer gefragt: „Warum ist das eigentlich so?“

Auch die Fälle in der juristischen Ausbildung sind ja voller Stereotypen.

Ja, das stimmt. Aber das ist mir damals, ehrlich gesagt, noch gar nicht aufgefallen. Da ging ja Social Media gerade erst los. Ich kriege das jetzt immer am Rande mit, wie sich feministische Jurastudentinnen zusammenschließen und die Fälle, die in den Repetitorien und Vorlesungen behandelt werden, auseinandernehmen und aufzeigen, was da eigentlich an sexistischen und rassistischen Stereotypen drinsteckt. Kritische Vorbilder in der Jurist*innenwelt haben in meinem Studium komplett gefehlt – die habe ich aber zum Glück später noch kennengelernt, zum Beispiel Dr. Ulrike Spangenberg, die ja vor allem zu antidiskriminierungsrechtlichen Fragen arbeitet.

Dass es so wenig Vorbilder gab, war für mich auch ein Grund, dass ich mich eher den Sozialwissenschaften zugewandt habe. Ich habe mich irgendwann gefragt, wie Gesetze eigentlich zustande kommen. Wer macht eigentlich mit welcher Prägung Gesetze und für wen hat das Auswirkungen? Die Debatte um 219a ist das beste Beispiel.

Gibt es unterschiedliche Prägungen von ost- und westdeutschen Feministinnen? Wenn ja, was heißt das für die Zusammenarbeit und würden Sie sagen, sie funktioniert?

Ich finde, die Zusammenarbeit funktioniert mittlerweile schon gut. Es kommt natürlich auf die Personen an. Ich würde mir manchmal jedoch wünschen, dass es mehr ostdeutsche Stimmen im feministischen Diskurs gibt. Das ist dann wieder die Frage von Diskurshoheit und Dominanz.

Gleichstellungspolitisch viel vorangebracht hat ja in den letzten Jahren auch Manuela Schwesig in ihrer Rolle als Bundesfrauenministerin, insbesondere was Partnerschaftlichkeit angeht oder die Frauenquote in Wirtschaftsunternehmen. Ich glaube, diese Entwicklungen sind eine Folge des Drucks, der zu großen Teilen aus dem Osten kam oder von ostdeutsch sozialisierten Frauen.

Mittlerweile haben ja vermutlich alle Feministinnen diese ökonomischen Themen auf dem Schirm.

Genau! Mein erster Impuls war zu sagen, dass westdeutsche Feministinnen sich eher für die Frauenquote und mehr Frauen in Führungspositionen einsetzen und ostdeutsche Feministinnen eher für Fragen von sozialer Gerechtigkeit, aber da fallen mir für jede Seite wieder zig Gegenbeispiele ein. Was unterschiedliche Thematiken und kulturelle Prägungen der Feministinnen angeht, würde ich also gar nicht so sehr verallgemeinern wollen. Der Feminismus ist insgesamt ja sehr heterogen geworden. Heutzutage sind zum Glück auch viele Stimmen im Feminismus hörbar, die nicht nur einen deutsch-deutschen Hintergrund haben, sondern auch migrantisch geprägt sind.

Gab es direkt nach der Wende mehr Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Feministinnen?

Vielleicht in den 90ern, als das Zusammenwachsen gerade begonnen hatte. Mir fällt da direkt diese vielzitierte Anekdote ein: Den westdeutschen Feministinnen war wohl das Gender der Sprache wichtig und die ostdeutschen Feministinnen haben ganz selbstverständlich gesagt „Ich bin Arzt“ oder „Ich bin Ingenieur“. Das hat damals wohl für ein gewisses Unverständnis auf beiden Seiten gesorgt. Aber ich denke, dass mittlerweile genügend gemeinsame Herausforderungen identifiziert sind. Wir müssen das Patriarchat am Ende in Ost und West abschaffen!

Das Interview gibt die persönliche Meinung der Gesprächspartnerin wieder.